



Thema: attac,

URL: http://derstandard.at/200005901100/Plan-D-wie-Demuetigung

User Newsletter Mobil Radio Zeitung Über uns Sales anmelden Wetter Wien

derStandard.at > Meinung > Kommentare der anderen

Meinung Blogs dieStandard.at daStandard.at Greenlife KOMMENTARE | KARRIERE IMMOBILIEN AUTOMOBIL ZUZWEIT

Kommentare Kolumnen Kommentare der anderen Userkommentare

Plan D wie Demütigung

KOMMENTAR DER ANDEREN | CHRISTIAN FELBER ALEXANDRA STRICKNER 22. September 2014, 17:42

Rat und Kommission fürchten sich bei CETA- und TTIP-Verhandlungen vor den Bürgern

Erinnern Sie sich an den Plan D? Der "Plan D" war eine PR-Maßnahme der EU-Kommission nach der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags in zwei Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005. Er diente wörtlich der "Wiederherstellung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die EU". Dies sollte erreicht werden, indem "dem Bürger die Informationen und die Instrumente an die Hand gegeben werden, um aktiv am Entscheidungsfindungsverfahren teilzunehmen und Teilhaber des europäischen Einigungswerks zu werden." Nachsatz: "Dieser demokratische Erneuerungsprozess bedeutet, dass die EU-Bürger das Recht haben müssen, dass ihre Belange wahrgenommen werden." 2005 erhielten "die EU-Bürger" von der Kommission (!) das Recht, dass ihre Belange wahrgenommen werden. Es schlug 13 in Brüssel.

Was darauf folgte, floss aus einem anderen Geist: Zuerst wurde der zu 95 Prozent wortidene Lissabonvertrag durchgesetzt - ohne Volksabstimmungen. So konnten jene Länder, die beim Verfassungsvertrag noch zwingend Volksabstimmungen durchzuführen hatten, diese umgehen. Sodann folgten EFS, EFSF, ESM, Fiskalpakt, Wettbewerbspakt, Bankenunion und nun die Geheimverhandlungen zu CETA und TTIP. Keiner dieser "Belange" resultierte aus artikulierten Bedürfnissen der Bevölkerung. Trotzdem oder gerade deshalb wollen sich die BürgerInnen beteiligen. Die einzige formale Möglichkeit: die Europäische BürgerInneninitiative - eine Version des Volksbegehrens, über deren Zulässigkeit jedoch die Europäische Kommission entscheidet.

Auf Initiative von "Mehr Demokratie Deutschland", Campact und dem Umweltinstitut schlossen sich 240 Organisationen aus 21 EU-Mitgliedsstaaten zusammen, um dieses "Instrument" zu nutzen. Ziel der Initiative ist, dass die Kommission dem Europäische Rat den Abbruch der CETA- und TTIP-Verhandlungen empfiehlt.

Doch am 10. September blockierte die Kommission die Initiative, mit der Begründung, dass nur "Rechtsakte", die EU-Recht verändern, Gegenstand einer EBI sein dürfen. Außerdem sei es "unzulässig", dass BürgerInnen die Kommission aufforderten, einen Rechtsakt nicht zu setzen, das Verhandlungsmandat für TTIP seitens des Rates stelle "keinen Rechtsakt" dar. Doch laut Artikel 288 AEUV handelt es sich bei Ratsbeschlüssen sehr wohl um Rechtsakte: "Ihr Kennzeichen ist, dass sie rechtlich verbindlich sind", erklärt der Völkerrechtler Bernhard Kempen der Uni Köln in einem Gutachten. Die Kommission gibt mit ihrem Njet den BürgerInnen zu verstehen, dass sie gegen Beschluss und Mandat nichts unternehmen dürfen. Erst wenn die zähen Verhandlungen abgeschlossen und der Vertrag ratifiziert ist, dürften sie - nach jahrelangem Zuschauen - initiativ werden: absurd. Plan "D" steht nicht dafür, dass die "Belange der Bürger" wahrgenommen werden, sondern für die Demütigung des Souveräns.

Die Unterdrückung der Bürgerinitiative ist nicht die erste Machtpose der Kommission im Zuge des TTIP-Prozesses. Den Abgeordneten des Europaparlamentes werden aktuell in kleinen Kreisen "konsolidierte Fassungen" des

OMAR AL-RAWI
Ein gleichheitswidriger Nonsens [17]
"Wir brauchen geschickte und effektive Ideen, keine Schnapsideen": Omar Al-Rawi über die Forderung von Sebastian Kurz nach einer einheitlichen Koranübersetzung

TIMOTHY GARTON ASH
Ein Merkel-Plan für die Ukraine [111]
Europa braucht einen Zehnjahresplan, der die Ukraine sukzessive in eine liberale Staatsordnung übergehen lässt. Diplomatische Schritte sollten dabei jederzeit vor militärischen stehen - auch wenn es dabei kaum eine Lösung für die Ostukraine gibt

Plan D wie Demütigung [10]

HARALD WALSER
Eine Staatsbürgerschaft für Absurdistan? [219]
Dass manche Österreicher deutscher sein wollen als die Deutschen, ist nicht unbedingt neu

BERND SCHILCHER
Das Vernunftproblem des obersten Bildungsbürgers [191]
In einer Streitschrift kritisierte der Philosoph Konrad Paul Liessmann eine ganze Reihe von "selbsternannten Bildungsexperten". Ein Angesprochener antwortet hier

KRISTALINA GEORGIEVA, VALERIE AMOS, U. A.
Schluss mit der Hinhaltetaktik im Südsudan! [11]
Millionen Menschen sind Opfer des Versagens ihrer politischen Führung

ALEXEJ KOROLJOW
Russland in der Niemandszeit [127]
In Russland reagiert man auf die Sanktionen einseitig mit antwestlicher Arroganz. Doch mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise wächst die Apathie und zugleich auch die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung

PAUL LENDVAI
Die Sehnsucht nach dem "starken Mann" und ihr Preis [75]
Vor allem in wirtschaftlichen und politischen Krisensituationen wächst der Wunsch nach starken Führungspersönlichkeiten

MELANIE SULLY
Nach dem "No, thanks" beginnt die harte Arbeit [38]
Auch wenn es kein Kleinbritannien geben wird, sind die Karten auf der Insel neu gemischt. Offen bleibt, wie sich Camerons Versprechen größerer Autonomie für Schottland umsetzen lassen wird

PETER JÓSIKA
Föderalismus als Antwort auf Separatismus [88]
Die Entscheidung in Schottland schürt Ängste und Hoffnungen in ganz Europa. Drängend stellt sich die Frage, wie Europa auf den Drang vieler Regionen nach mehr Autonomie oder Unabhängigkeit reagieren soll

SIEGFRIED ALBEL
Ohne Miliz geht es nicht - nur mit Miliz auch nicht [40]
Ein funktionstüchtiges Heer, das im Notfall "auf Knopfdruck" einsetzbar ist, ist mit einer reinen Miliztruppe nicht zu gewährleisten. Dafür bedarf es einer Mischung aus Berufsheer und Miliz

FRANZ SCHAUSBERGER

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag



Thema: attac,

URL: http://derstandard.at/2000005901100/Plan-D-wie-Demuetigung

Verhandlungszwischenstands zwischen EU und USA wie in einem Bond-Film nur in eigenen "Leseräumen" ohne Papier, Bleistift, Handy zugänglich gemacht. Diese entwürdigende Posse bringt die Machtverhältnisse in Brüssel auf den Punkt: Die Kommission, das demokratisch am schwächsten legitimierte Organ in Brüssel, entscheidet, was die direkt Gewählten dürfen und was nicht. Während einige der ParlamentarierInnen diese Willkür kritisieren, schweigen die - mandatserteilenden - Regierungen im Chor.

Die Angst vor den BürgerInnen muss beim Rat und der Kommission groß sein, dass sie sich solche Abschottungsmanöver leisten. Machtpolitik, die im krassen Widerspruch zur eigenen PR-Propaganda steht, wird den Widerstand gegen TTIP und CETA weiter wachsen lassen. Die InitiatorInnen werden jedenfalls gegen die Kommissionswillkür vor dem Europäischen Gerichtshof klagen und die Initiative ohne Erlaubnis "von oben" fortführen: eine "echte EBI"!

Wie sähe ein demokratischer Verhandlungsprozess aus (sehen? 1.) Die Souveräne geben in den Grundlagenverträgen die Ziele für internationale Wirtschaftsabkommen vor, z. B. nachhaltige Entwicklung, Verringerung der Ungleichheit, Stärkung von sozialem Zusammenhalt und Demokratie. 2.) Nationale und europäische Parlamente erteilen auf Basis dieser Ziele Verhandlungsmandate. 3.) Das Verhandlungsmandat wird vom Verfassungsgerichtshof geprüft und bei Nichtübereinstimmung mit den Verfassungszielen - dient TTIP der Umsetzung der Menschenrechte, gerechter Verteilung, Ressourcen- und Klimagerechtigkeit, Stärkung der Demokratie? - annulliert. 4.) Bei grünem Licht laufen die Verhandlungen transparent nach Regeln ab, die verfassungskonform sind. 5.) Das Ergebnis wird den Souveränen zur Abstimmung vorgelegt. In ihrem Namen werden völkerrechtliche Verträge verhandelt. Wer wenn nicht der Auftraggeber soll über das Ergebnis entscheiden? (Christian Felber Alexandra Strickner, DER STANDARD, 23.9.2014)

Christian Felber ist Gründungsmitglied von Attac Österreich. Alexandra Strickner ist Obfrau von Attac Österreich. Am 1. Oktober erscheint von Christian Felber bei "Hanser Box" das E-Book "TTIP. Alle Macht den Konzernen".

Das aktuelle Kinoprogramm finden Sie auf derStandard.at/Kino

Separatisten als höfliche Gentlemen mit dicker Brieftasche [77]

Die neuen Unabhängigkeitsbewegungen in Europa setzen auf demokratische Abstimmungen - die EU muss darauf reagieren

MICHAEL AMON Genossen, schämt ihr euch nicht? [122]

Im Fall Sonja Ablinger wurde wissenschaftlich gegen SPÖ-Statuten verstoßen, um eine unbotmäßige Abgeordnete zu verhindern. Traurig für eine Partei, die einst für das Frauenwahlrecht kämpfte

HOMAYOUN ALIZADEH Die EU braucht eine neue Ukraine-Strategie [133]

Ist die Politik der EU in Osteuropa noch glaubwürdig? Johannes Hahn fällt als Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen ein wichtiger Bereich zu

FRANZ-STEFAN GADY IS kopiert die Blitzkriegstaktik der Wehrmacht [1]

Beobachtungen im Nordirak über die militärischen Kampfhandlungen

MAXIMILIAN LAKITSCH Deutsche Waffen an Kurden: Gut gemeint, aber falsch [62]

Mit der Lieferung von Waffen an die Kurden im Nordirak wird Deutschland der Forderung nach mehr internationalem Engagement gerecht, wie dies unter anderem Bundespräsident Joachim Gauck verlangt hat. Aber ein Beitrag zu einem gerechten Krieg ist das nicht

KAIRAT SARYBAY Sanktionen schwächen nicht nur Russland [47]

Ein dringender Appell des kasachischen Botschafters, Hilfe und Verhandlungen weiterzuführen

JOHANNES KOPF Mehr Geld für Junge, mehr Arbeit für Alte [156]

Es gibt einen Weg, Benachteiligungen für Jüngere und Ältere im Arbeitsleben zu entschärfen. Über die Pensionsbeiträge könnten Lebensinkommen ausgeglichen werden. Ein Denkanstoß

KARL HEINZ AUER Forschungen mit unterschiedlichen Gesichtern [3]

Wissenschaftliche Kompetenz ist auch in der Lehrerausbildung auf den Hochschulen unabdingbar

FARID HAFEZ Jugendkultur Jihadismus [237]

Die "heiligen Krieger" in Europa sind auch eine Hervorbringung Europas. Dieser subversiven Bewegung kann man nicht nur religiös begegnen

WOLFGANG TRITREMME Die Zukunft heißt Weiterbildung für Jung und Alt [65]

Das AMS feiert am Mittwoch sein 20-jähriges Bestehen. Große Herausforderungen stehen der Institution bevor: Auf dem Arbeitsmarkt werden immer höhere Qualifikationen verlangt. Innovationen sind nötig

MAX HALLER Von Ökonomen und Gemüsehändlern [141]

Beeinflussen Theorien Politiker? Oder adaptieren diese bloß Theorien, um sie für ihre Absichten nutzbar zu machen? Ein Nachtrag zum von Stephan Schulmeister beschriebenen Siegeszug des Neoliberalismus

DAVID LIDINGTON Richtungswechsel unabdingbar [84]

Warum die Sanktionen gegen Russland wirksam und angebracht sind

OLGA FLOR



Feedback  

[derStandard.at auf Facebook](#)

[Meinung Newsletter abonnieren](#)

10 Postings

Warentester

22.9.2014, 19:55

0  

[melden](#) [permlink](#) [antworten](#)

Die wissen genau, warum sie sich so vor dem Bürger fruchten. Ist ja trotz aller drakonischen Maßnahmen schon genug geleakt, um zu wissen, dass TIPP und CETA die Bürger in vielen Bereichen faktisch völlig entmachten würden. Ich meine um die Eingriffsrechte der Bürger sind ohnedies schon sehr beschränkt, damit würden sie nahezu endgültig abgeschafft. Die Brüssler Bonzen schauen vermtl. schon sehnsüchtig nach Kanada. Das ist man bezüglich Volksverr...äh... Fortschritt schon einen Schritt weiter: <http://tinyurl.com/k4nc2zb> Viel Spaß in der Zukunft der geheimen Konzernprivattribunale.

steppenhund

22.9.2014, 19:06

0  

[melden](#) [permlink](#) [antworten](#)

Ich war ein echter EU-Befürworter. Habe mit anderen über die Vorteile der EU diskutiert, um sie zu verteidigen. Die Geschichten rund um das TTIP und CETA lassen mich jetzt bedauern, je für Ja zur EU gestimmt zu haben. Wenn ich könnte, würde ich zu einem Aufstand aufrufen und für eine Austritt aus der EU kämpfen. Leider ist die einzige Partei, die gegen die EU auftritt, nicht gerade wählbar für mich.

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag



Thema: attac,

URL: http://derstandard.at/200005901100/Plan-D-wie-Demuetigung

Aber ich bin wütend, wie die EU sich über alles hinweg setzt, was sie je den Bürgern versprochen hat.

dasandere 12 0 3 melden permalink antworten 22.9.2014, 18:44

TTIP und CETA sind doch nur der Anfang... die Autoren bereits hinten nach (Achtung, TISA!): http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/0... 055.idx,17

Tatsat 3 0 2 melden permalink antworten 22.9.2014, 19:40

es kommt aus dem Link klar zum Ausdruck, das wir in einer Diktatur leben sollen, in einer Diktatur des Marktes. Entdemokratisierung und Entrechtung der Menschen, einfach nur widerlich. Wer da zustimmt, wird von mir nie wieder gewählt, wobei Wahlen dann eh sinnlos sind.

CU4Talk 0 5 melden permalink antworten 22.9.2014, 18:31

Feine Analyse Was soll man dazu noch sagen. Sind wir jetzt gegen die EU oder für eine bessere EU. Ich bin für eine bessere EU und denke auch, dass es besser wird. Nicht zuletzt dank kritischer Kommentare wie diesem hier.

steppenhund 0 1 melden permalink antworten 22.9.2014, 19:07

Leider kann ich nicht glauben, dass es noch besser werden kann. Sonst könnte ich ihnen ja recht geben.

Tatsat 3 0 2 melden permalink antworten 22.9.2014, 18:19

Volle Zustimmung! Was sich hier abspielt ist eiskalter Betrug am Bürger, gegen dessen Interessen man handelt und man weiß das auch. In der SPD läuft es so ab: http://www.spiegel.de/politik/d... 92856.html Keine offene Diskussion, es wird von oben befohlen und wer sachlich Kritik äußert wird als Verräter am Parteivorsitzenden in die Ecke gestellt und zusammengestaucht. Sorry, aber offenbar werden die Interessen des Volkes hier nicht mehr beachtet, als in Russland. Demokratisch ist das nicht mehr.

Ausgeflippter Lodenfreak 56 0 16 melden permalink antworten 22.9.2014, 18:08

Wenn CETA, TTIP und TISA vom EU-Parlament durchgewunken werden, wähle ich keine der Parteien die das tun jemals wieder auf EU-Ebene und auch auf Nationaler überlege ich mir das dann gut, wenn die österreichischen Abgeordneten dafür stimmen.. Ich bin sonst nicht paranoid, aber schön langsam habe ich den Eindruck, wir haben uns mit dem EU-Beitritt von der Demokratie verabschiedet und eine autokratische Gruppe aus Reichen und Mächtigen und ihre bezahlten Handlanger (Lobbyisten, Politiker, usw.) bestimmen über uns.

KhalilG 10 0 9 melden permalink antworten 22.9.2014, 18:15

die bestimmen, da bin ich mir sicher, und ja, ich wähle auch keine partei mehr die solche projekte am bürger vorbeiwinkt.

Michel.Veit 2 4 melden permalink antworten 22.9.2014, 17:54

jeder der Mitglied einer Partei ist, die im EU-Parlament vertreten ist, kann dagegen aktiv werden ...

Die Kommentare von Usern und Userinnen geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Kommentare, welche straf- oder zivilrechtliche Normen verletzen, den guten Sitten widersprechen oder sonst dem Ansehen des Mediums zuwiderlaufen (siehe ausführliche Forenregeln), zu entfernen. Der/Die Benutzer/in kann diesfalls keine Ansprüche stellen. Weiters behält sich die derStandard.at GmbH vor, Schadenersatzansprüche geltend zu machen und strafrechtlich relevante Tatbestände zur Anzeige zu bringen.

Blumentöpfe und Nationalratswahlen [60] Prammer-Nachfolge lässt um Parlamentarismus bangen

FRANZ FISCHLER UND PAVEL KABAT Kampf gegen Klimawandel: Jetzt oder nie [197] Wird weiter nichts gegen den Klimawandel getan, werden Ungleichgewichte und Migrationsströme zunehmen. Im nächsten Jahr gibt es Chancen, endlich gegenzusteuern

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

© derStandard.at GmbH 2014

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

Impressum & Offenlegung Datenschutzrichtlinie

derStandard.at · dieStandard.at · daStandard.at · derStandardDigital.at · FINDEN.at · AUTOGOTT.AT